



Newsletter

der Österreichischen Gesellschaft
für Außenpolitik und die Vereinten Nationen

06/09

November
2009

Im Fokus

Außenminister Dr. Michael Spindelegger:

Die UNO muss wieder zu einem „Ort der Tat“ werden

Am 29. September 2009 präsentierte Außenminister Spindelegger vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen im Nationalratssitzungssaal die Grundzüge der österreichischen Außenpolitik. Er legte dabei ein deutliches Bekenntnis zum konsequenten multilateralen Engagement Österreichs ab.

In der Debatte um den Klimawandel und die atomare Abrüstung sah Spindelegger eine echte Chance, die UNO wieder zu einem Ort der Tat zu machen. „Es besteht tatsächlich die Möglichkeit, die Vereinten Nationen wieder zu dem zu machen, was in der Charta ursprünglich angedacht war: nicht bloß ein Diskussionsforum zu sein, sondern ein Ort der Tat, eine zentrale Drehscheibe für die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, gemeinsame Lösungen für gemeinsame Herausforderungen zu finden“, erklärte der Minister.

Gerade auch als Mitglied des Sicherheitsrates sei Österreich dabei ein gefragter Gesprächspartner. Diese Mitgliedschaft biete eine gute Gelegenheit, unser internationales Kontaktnetz nachhaltig zu stärken. „In mehr als 25 bilateralen Treffen, bei Gesprächen mit 70 Außenministern, konnten wir während der UNO-Generalversammlung für unsere Anliegen werben und Netzwerke knüpfen“, so der Außenminister.

Als Schwerpunkt der österreichischen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat nannte Spindelegger den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten, insbesondere von Kindern. Österreich wolle den Ratsvorsitz im November dazu nutzen, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der internationalen Schutzinstrumente im Rahmen einer neuen Resolution zu erarbeiten. Dabei gehe es unter anderem um klare Richtlinien für die Arbeit von UNO-Missionen und um eine Verbesserung der Kommunikation zwischen den Missions-Kommandanten vor Ort und der UNO-Zentrale in New York. Ein heikler Punkt werde die Frage der Sanktionierung von Verstößen gegen bestehende Schutzinstrumente für Zivilisten sein. Aber die Rechte der Opfer könnten nur dann gewahrt werden, wenn wirkungsvolle Rechts- und Aussöhnungsmechanismen geschaffen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Außenpolitik müsse es sein, Österreich noch stärker als Drehscheibe und Plattform für Friedensarbeit und Dialog zu etablieren. „Die internationalen Organisationen tragen wesentlich zum internationalen Ruf Wiens bei. Österreich möchte sich auch weiterhin aktiv in den internationalen Dialog einbringen“, erklärte der Außenminister.

Mit Blick auf den Vertrag von Lissabon warnte der Minister vor einer Dominanz der großen Staaten in der künftigen EU-Außenpolitik. „Die kleineren und mittleren Staaten müssen sich rechtzeitig koordinieren, damit unsere gemeinsamen Interessen besser durchgesetzt werden“, sagte Spindelegger, der eine einheitlicher auftretende Union einforderte: „Nur wenn es uns in der EU gelingt, verstärkt mit einer Stimme nach außen aufzutreten und gemeinsam europäische Interessen in der Welt zu verteidigen, wird es uns gelingen, auch die Bevölkerung wieder mehr für das europäische Einigungswerk zu gewinnen“.

Der Westbalkan bleibe eine Schwerpunktregion. Österreich werde sich weiterhin für eine greifbare EU-Perspektive dieser Länder einsetzen. Kroatien habe gute Chancen, die EU-Beitrittsgespräche rasch zu beenden. Wenn die jetzige Dynamik anhalte, könnten die Verhandlungen Mitte 2010 abgeschlossen werden. Mit der Schwarzmeerregion habe die österreichische Außenpolitik eine weitere Zukunftsregion im Visier: „Europa muss und wird sich mit dieser Nachbarschaftsregion stärker befassen müssen“. Man müsse die Schwarzmeerregion näher an die EU heranführen, Potenziale nutzen und aktive Stabilitätsarbeit leisten, denn die Region zähle zu den Hoffnungsmärkten Europas mit schnell wachsenden Märkten und unverzichtbaren Rohstoffreserven. (BMeiA, 30. September 2009)

Geplante Veranstaltungen (November - Dezember 2009)

25. November 2009

Jour-Fixe Mittagessen mit anschließendem Vortrag

Dr. Claudia SCHMIED; Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur

25. November 2009

Vortrag

Dr. Ivo SANADER; Premierminister der Republik Kroatien a.D.

1. Dezember 2009

„Diplomatischer Abend“ in Graz

StS a.D. Dr. Hans WINKLER; Direktor der Diplomatischen Akademie Wien

2. Dezember 2009

Festveranstaltung: "60 Jahre Europarat"

Dr. Michael SPINDELEGGGER; Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten

(Weitere Informationen zu den Veranstaltungen werden noch übermittelt bzw. finden Sie unter <http://www.una-austria.org> bzw. unter <http://afa.at> - Button „EVENTS“.)

Rückschau auf Veranstaltungen (September – Oktober 2009)

Hernsteiner Gespräch – ein durchschlagender Erfolg

Das 39. Außenpolitische Gespräch, das am 23./24. Oktober 2009 im niederösterreichischen Schloß Hernstein stattfand, stellte einen der Veranstaltungshöhepunkte des Jahres dar und war mit mehr als 100 überwiegend jungen Teilnehmern ein durchschlagender Erfolg. Drei Themengruppen standen im Mittelpunkt der Tagung: Dr. Paul Cornish, Carrington Professor für internationale Sicherheit, Chatham House, London und der Leiter des Zentrums für Massenvernichtungswaffen im NATO-Sekretariat in Brüssel, Botschafter Jacek Bylica sprachen unter der Gesprächsleitung von ÖGAVN-Vorstandsmitglied Botschafter i.R. Dr. Alexander Christiani über „Nuclear Proliferation and Political and Military Conflict“; Dr. Karl Rose, Chefstrategist von Shell International, Den Haag, Sir John Grant, Botschafter i.R. und Executive Vicepräsident for Policy & Corporate Affairs, BG Gruppe, sowie Dr. Christof Frei, Generalsekretär des World Energy Council, befassten sich unter der Diskussionsleitung von ÖGAVN-Vizepräsident, AbgzNR Univ. Prof. Dr. Alexander Van der Bellen mit Fragen der „Energy Security“ und Nationalbank-Gouverneur Univ. Prof. Dr. Ewald Nowotny und der Direktor des Instituts für Höhere Studien, Univ. Prof. Dr. Bernhard Felderer gingen im dritten Teil unter der Moderation von ÖGAVN-Vizepräsident Botschafter i.R. Dr. Gregor Woschnagg auf „Aktuelle Entwicklungen der Weltwirtschaft“ ein.

Die lebhaft, zum größten Teil in englischer Sprache geführten Diskussionen standen unter den sogenannten „Chatham House“-Regeln, die eine sehr offene Aussprache ermöglichten. Neben Mitgliedern der ÖGAVN, des Akademischen Forums für Außenpolitik und Studenten der Diplomatischen Akademie Wien nahmen diesmal auch zahlreiche Mitglieder der Jugendgruppe München der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik an den Hernsteiner Gesprächen teil. Die Veranstaltung stand am 24. Oktober auch im Zeichen des „Tages der Vereinten Nationen“.

UNO Highlights (September – Oktober 2009)

Generalversammlung für weitere Gespräche über die Schutzverantwortung

Die UNO-Generalversammlung hat am 14. September mit Konsens ihre erste Resolution zur „Schutzverantwortung“ verabschiedet und sich darauf geeinigt, weitere Gespräche über die Intervention zur Unterbindung von Gewalttaten gegen die Bevölkerung eines Landes abzuhalten. Das Konzept der „Schutzverantwortung“ war auf dem Weltgipfel 2005 von den Staats- und Regierungschefs gebilligt worden und legt die Verantwortung der Staaten fest, ihre Bevölkerung vor Kriegsverbrechen, Völkermord, ethnischen Säuberungen und ähnlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Gleichzeitig wird das Recht der internationalen Staatengemeinschaft normiert einzugreifen, falls die Staaten dazu nicht gewillt oder in der Lage sind.

Neue Sekretariatseinheit für Frauenrechte

Die UNO-Generalversammlung hat am 14. September nach dreijährigen Beratungen einen weiteren Schritt zur Schaffung einer neuen Sekretariatseinheit für Frauenrechte gesetzt. Damit soll gewährleistet werden, dass Frauenrechte in der UNO auf gleicher Augenhöhe mit anderen Entwicklungsfragen behandelt werden. Die Generalversammlung sprach sich mit Nachdruck für die Konsolidierung von vier verschiedenen Gremien aus, die sich bis jetzt mit Frauenfragen befasst hatten. Sie sollen zusammengelegt und ihre Mandate erhalten bleiben. Generalsekretär Ban soll einen Vorschlag für die Organisationsstruktur, die Finanzierung und die Zusammensetzung eines Exekutivrates zur Überwachung der operativen Vorhaben vorlegen.

UNO-Generalsekretär begrüßt Vorschlag für internationale Afghanistankonferenz

Generalsekretär Ban Ki-moon hat am 17. September einen gemeinsam von Deutschland, Frankreich und Großbritannien eingebrachten Vorschlag zur Einberufung einer internationalen Afghanistankonferenz begrüßt. Die auf Ministerebene abzuhaltende Konferenz soll unter dem gemeinsamen Vorsitz der Vereinten Nationen und Afghanistans die Fortschritte beim Wiederaufbau des Landes und Wege zu seiner weiteren Entwicklung und Stabilisierung prüfen.

Klimagipfel in der Generalversammlung

Am 22. September berief UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon das bisher größte Gipfeltreffen zur Frage des Klimawandels am Sitz der Vereinten

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon

Wir teilen uns nur einen Planeten, eine Heimat

Am Tag der Vereinten Nationen und an jedem anderen Tag des Jahres sind die Vereinten Nationen im Einsatz - für den Planeten, für Arbeitsplätze und für uns, „Die Völker der Vereinten Nationen“.

Wir stellen mehr humanitäre Hilfe zur Verfügung als sonst jemand - und das in den entlegensten Gebieten. Wir impfen mehr als 40 Prozent aller Kinder weltweit. Wir versorgen mehr als 100 Millionen Menschen mit Nahrungsmitteln und unterstützen mehr als 30 Millionen Flüchtlinge, die meisten davon Frauen und Kinder auf der Flucht vor Krieg oder Verfolgung. Wir haben mehr Friedenssicherungskräfte im Einsatz als jemals zuvor - mehr als 115.000 Frauen und Männer. Allein im letzten Jahr leisteten wir Wahlhilfe in fast 50 Ländern. Das ganze UNO-System ist mobilisiert, den bedrohlichen weltweiten wirtschaftlichen Turbulenzen und sozialen Unruhen entgegen zu treten.

Die Menschen erwarten von den Vereinten Nationen den Sieg über Armut und Hunger, die Erhaltung des Friedens, die Verbesserung der Bildung und den Eintritt für die Menschenrechte in jedem Teil der Welt. Sie erwarten von uns, dass wir die Verbreitung tödlicher Waffen und Krankheiten stoppen, Menschen und Familien schützen, die Opfer von Katastrophen wurden. Im Dezember warten die Menschen weltweit darauf, dass die Vereinten Nationen ein umfassendes, gerechtes und ehrgeiziges Abkommen zum Klimawandel abschliessen, das uns alle schützt und den Weg zu einer grüneren, nachhaltigen Wirtschaft sichert.

Dies ist ein einzigartiger Moment in der Weltgeschichte. Mehrfache Krisen - Nahrungsmittel, Erdöl, Finanzen und Grippe - kommen alle auf einen Schlag. Der Klimawandel wird jeden Tag bedrohlicher. Jede Krise zeigt die Wahrheit des 21. Jahrhunderts: Wir teilen uns nur einen Planeten, eine Heimat. Als Menschen, als Nationen, als eine Spezies - wir alle sitzen im gleichen Boot.

Die Vereinten Nationen leisten ihr Äußerstes, um große Fragen anzugehen und auf das Gesamtbild zu schauen. Wir schmieden einen neuen Multilateralismus, der wichtige Ergebnisse für alle Menschen erbringen kann, besonders für jene in Not. Aber ich bin mir auch des langen Weges, den wir zu gehen haben, und der Kluft zwischen Verpflichtung und Handeln, schmerzhaft bewusst.

Beschliessen wir an diesem Tag der Vereinten Nationen, gemeinsam unsere Anstrengungen im Namen der Verletzlichen, der Macht- und Schutzlosen zu verdoppeln. Lassen Sie uns mehr als jemals zuvor zusammenhalten, vereint in den Vorsätzen und vereint zum Handeln, um die Welt zu einem sichereren, besseren Ort zu machen.

(Botschaft zum „Tag der Vereinten Nationen“, 24. Oktober 2009).

Nationen in New York ein. Das Treffen demonstrierte eindrucksvoll, wie sehr das Problem des Klimawandels als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit im Mittelpunkt des politischen Interesses auf höchster Ebene steht. Die Staats- und Regierungschefs brachten übereinstimmend ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, auf der kommenden Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen (7. – 18. Dezember 2009) ein ambitioniertes, umfassendes, faires und wissenschaftlich robustes Übereinkommen zu erzielen.

US-Präsident Obama führt Vorsitz im Sicherheitsrat

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Barack Obama, führte am 24. September den Vorsitz in einer historischen Sicherheitsratssitzung, in der einstimmig eine neue Resolution zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen verabschiedet wurde. Die Resolution 1887 bekräftigt die Rolle des UNO-Sicherheitsrates als Vermittler in nuklearen Streitfällen, unterstützte mit Nachdruck den Atomwaffensperrvertrag und forderte die Abrüstungskonferenz auf, ehestmöglich Verhandlungen über die Ausarbeitung eines Vertrages über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material zur Verwendung in Atomwaffen aufzunehmen. An der Sitzung nahmen 13 weitere Staats- und Regierungschefs teil, darunter auch Österreichs Bundespräsident Heinz Fischer.

Sicherheitsrat fordert Ende der sexuellen Gewalt in bewaffneten Konflikten

Am 30. September hat der Sicherheitsrat alle Parteien an bewaffneten Konflikten einstimmig aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung, insbesondere von Frauen und Kindern, vor allen Formen sexueller Gewalt zu ergreifen. Die unter dem Vorsitz der amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton stehende Sitzung hat überdies dem UNO-Generalsekretär nahe gelegt, einen Sonderbeauftragten zur weiteren Verfolgung dieser Frage einzusetzen.

Außenminister Spindelegger betonte in einer Stellungnahme in Wien, dass Österreich die Einrichtung dieses Mandates nachdrücklich unterstützt und als Mitglied des Sicherheitsrates die Resolution von Anfang an aktiv mitgestaltet habe. Die EntschlieÙung setze ein wichtiges Signal zur Bekämpfung von sexueller Gewalt als Kriegswaffe, betonte Spindelegger und wies darauf hin, dass nachhaltige Aussöhnung und Friede nur möglich seien, wenn Frauen als gleichrangige Partnerinnen in Friedensprozesse eingebunden und ihre besonderen Anliegen in Friedensmissionen entsprechend berücksichtigt würden.

UNO-Menschenrechtsrat verurteilt Israel

Am 16. Oktober hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf nachdrücklich eine Reihe von Maßnahmen Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten verurteilt und beide Seiten zur Umsetzung der Empfehlungen des Goldstone-Berichtes aufgefordert. Eine unter dem Vorsitz des südafrikanischen Richters Richard Goldstone stehende UNO-Kommission hatte in ihrem Bericht Beweise für Kriegsverbrechen sowohl von israelischer als auch von palästinensischer Seite während der Gazakrise zu Jahresbeginn angeführt und die von Israel gegen die Zivilbevölkerung ergriffenen Maßnahmen als schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts verurteilt. Aber auch die Terroranschläge bewaffneter palästinensischer Gruppen durch tausende Raketenabschüsse gegen israelisches Staatsgebiet wurden in dem Bericht verurteilt.

In der mit 25 gegen sechs Stimmen (USA und EU-Staaten) bei 11 Enthaltungen angenommenen Resolution regt der Menschenrechtsrat nunmehr die Behandlung des Goldstone-Berichtes in der Generalversammlung an. Der Rat verurteilte Israel und beklagte die mangelnde Kooperation bei der Untersuchung der Vorgänge während des Kriegs im Gazastreifen; die im Bericht erhobene Kritik an der Palästinenserseite, vor allem an der radikalislamischen Hamas, wurde hingegen nicht erwähnt. Israel bezeichnete die Resolution als „Ermütigung für Terroristen weltweit und als Gefahr für den Weltfrieden“. Die USA sprachen von einem einseitigen Vorgehen. Die palästinensische Seite begrüßte die Resolution. Richard Goldstone selbst zeigte sich besorgt darüber, dass die Raketenanschläge der Hamas auf Israel mit keinem Wort erwähnt worden seien.

Österreich und die Vereinten Nationen

Für eine Welt ohne Atomwaffen

Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt sei heute keine Frage der Ideologie oder der Militärdoktrin, sondern der Notwendigkeit und der Vernunft, erklärte Außenminister Michael Spindelegger am 2. September anlässlich eines Besuches bei der in Genf tagenden Abrüstungskonferenz. Ende August hat Österreich den Vorsitz der Konferenz übernommen, kurz nachdem die Annahme eines Arbeitsprogramms die seit 12 Jahren bestehende Blockade der Abrüstungskonferenz beendet hatte.

Spindelegger begrüßte die neue Dynamik, die von Präsident Obama in das internationale Abrüstungsge-
schehen gebracht worden sei. Nächstes Jahr werde die NPT-Überprüfungskonferenz zeigen, ob die positi-
ven Erklärungen und Initiativen der letzten Monate auch konkrete Resultate in der nuklearen Abrüstung brin-
gen. Der Außenminister versprach, dass Österreich die internationalen Abrüstungsbemühungen auch im
Bereich konventioneller Waffen weiterhin aktiv unterstützen werde. Er rief zu einer raschen Ratifizierung der
Streumunitionskonvention auf und betonte die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft für die notwendige Schärf-
ung des öffentlichen Bewusstseins im Abrüstungsbereich. (BMeiA, 2. September 2009)

Gemeinsames Handeln zum Klimaschutz Gebot der Stunde

"Der globale Klimaschutz erfordert dringend ein gemeinsames Handeln. Kein Staat kann sich dieser Verant-
wortung einseitig entziehen. Wir brauchen unsere Partner in der entwickelten Welt ebenso wie in den großen
Schwellenländern, um dieser globalen Herausforderung wirksam begegnen zu können", erklärte Außen-
minister Spindelegger am 23. September anlässlich des UNO-Klimagipfels in New York, an dem er gemein-
sam mit Bundespräsident Heinz Fischer teilnahm. Die Vereinten Nationen seien der einzig geeignete Rah-
men, in dem ein faires und wirklich globales Klimaschutzabkommen erarbeitet werden könne, denn nur in
der UNO könnten sich auch jene Länder, die zum Klimawandel am wenigsten beitragen, aber von ihm am
stärksten betroffen sind, Gehör verschaffen. (BMeiA, 23. September 2009)

Den neuen Schwung bei der Abrüstung in Taten umsetzen

Außenminister Michael Spindelegger bei der Generaldebatte der 64. UNO-Generalversammlung

*In seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung ging Außenminister Spindelegger am 26. September auf
wesentliche Eckpfeiler der österreichischen Außenpolitik im Rahmen der globalen Agenda ein:*

*Österreich engagiere sich massiv im Bereich der Abrüstung und bemühe sich, die gesamte internationale
Staatengemeinschaft für die Einhaltung diesbezüglicher Verträge als Partner zu gewinnen. Die positiven Sig-
nale, die von der jüngsten Resolution des Sicherheitsrates ausgingen, seien ermutigend und würden den
Abrüstungsbemühungen neuen Schwung geben. "20 Jahre nach dem Ende des Kalten Kriegs sollte die
Sprache der nuklearen Drohung endlich der Vergangenheit angehören und Atombombentests ein Ende
haben", so Spindelegger.*

*Der Außenminister stellte aber klar, dass Worte allein nicht reichten. Der Atomtestsperrvertrag sei ein
tragender Pfeiler der internationalen Sicherheitsarchitektur. Inzwischen würden sich über 100 Staaten klar zu
diesem Vertrag bekennen. Er werde sich weiter dafür einsetzen, dass auch die fehlenden neun Staaten den
Vertrag rasch ratifizieren, sagte Spindelegger. Im kommenden Jahr werde eine Überprüfungskonferenz zei-
gen, ob die zahlreichen positiven Erklärungen und Initiativen der vergangenen Monate auch konkrete Resul-
tate in der nuklearen Abrüstung bringen werden. Österreich wird seine traditionelle Vermittlerrolle ganz in
den Dienst der Konsensfindung stellen, erklärte der Außenminister.*

*Nach einigen wirklich positiven Signalen wie etwa der Resolution des Sicherheitsrates zur Abrüstung sei
es umso enttäuschender, wenn einzelne Staaten in ewiggestrigen Aussagen verharren, betonte Außen-
minister Spindelegger mit Bezug auf die kurz davor gemachten Aussagen des iranischen Präsidenten
Ahmadinejad. Der Iran könne einen wichtigen Beitrag zur Stabilität in seiner gesamten Nachbarschaft
leisten. Deshalb sei die internationale Staatengemeinschaft grundsätzlich auch zum Dialog bereit. Doch der
Iran müsse die ausgestreckte Hand auch ergreifen. Die Aussagen des Präsidenten Ahmadinejad wiesen
leider in eine ganz andere Richtung und würden zu einer weiteren Isolation des Landes in der Welt führen.*

*„Der Dialog ist das einzig sinnvolle Mittel, um den globalen Herausforderungen unserer Zeit zu bege-
gnen. Die UNO ist dabei als globale Plattform unserer Bemühungen alternativlos. Die UNO ist das wesent-
liche Werkzeug für nachhaltige Friedenssicherung, der in allen großen Fragen wie Abrüstung, Klimaschutz
und Krisenbekämpfung eine zentrale Rolle zukommt“, erklärte Außenminister Spindelegger*

*Gerade die kleinen und mittleren Staaten hätten ein besonderes Interesse an einem internationalen
System, das auf effektivem Multilateralismus und Rechtsstaatlichkeit beruht. Auch kleine Staaten würden
einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg leisten. Sie seien das Rückgrat der Vereinten Nationen. Bewaffnete
Konflikte, Klimawandel, und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen seien existentielle Bedrohun-
gen. Dazu kämen neue globale Herausforderungen wie die andauernde Wirtschaftskrise und die Krise der
Finanzmärkte. „Kollektive Verantwortung und echte Partnerschaft auf Augenhöhe sind die Schlüsselfaktoren,
um diese Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen“, erklärte Spindelegger abschließend.*

(BMeiA, 25. September 2009)

Außenminister Spindelegger sieht „erste positive Gesten“ des Iran

Die ersten Direktgespräche mit dem Iran seit mehr als einem Jahr hätten gezeigt, dass die Politik der ausgestreckten Hand gegenüber dem Iran richtig sei. Dieser positive Start verdeutliche, dass die diplomatischen Mittel des Dialogs nicht erschöpft seien. Der Iran müsse nun aber konkrete Schritte setzen, um die notwendige Vertrauensbasis zu schaffen und die Staatengemeinschaft davon überzeugen, dass sein Nuklearprogramm ausschließlich friedliche Zielsetzungen verfolge, erklärte Außenminister Spindelegger am 2. Oktober zum Treffen der Vertreter der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats unter Teilnahme Deutschlands und des Hohen Vertreters der EU-Außenpolitik, Javier Solana, mit dem iranischen Nuklearverhandler Saeed Jalili in Genf. Der Iran müsse die klare Botschaft der internationalen Staatengemeinschaft ernst nehmen und nachhaltig Bereitschaft zeigen, auf deren Besorgnisse einzugehen. *(BMeiA, 2. Oktober 2009)*

Wer Frauen stärkt, stärkt Frieden und Entwicklung

Friede, Sicherheit und Fortschritt seien auf Dauer ohne die breite Einbeziehung von Frauen nicht möglich, erklärte Ursula Plassnik, die Sonderbeauftragte des Außenministeriums für internationale Frauenfragen, am 5. Oktober. Plassnik erinnerte daran, dass der Sicherheitsrat im Jahr 2000 mit der einstimmig verabschiedeten Resolution 1325 das notwendige Bewusstsein dafür geschaffen habe. Jetzt prüft der Sicherheitsrat die Umsetzung dieser Resolution, mit der alle UNO-Mitgliedsstaaten verpflichtet wurden, für die stärkere Einbeziehung von Frauen bei der Verhinderung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten zu sorgen. Die greifbaren Auswirkungen dieses Beschlusses seien bisher leider äußerst dürftig, kritisierte Plassnik. Die Bilanz zeige erschreckend klar, dass der Eifer bei der Umsetzung der Resolution inzwischen erlahmt sei und diese vielerorts noch gar nicht begonnen wurde. Bestehende Defizite und konkrete Verbesserungsvorschläge sollten anlässlich einer von der UNO einzuberufenden Überprüfungskonferenz für die Resolution 1325 diskutiert werden, forderte Plassnik. *(BMeiA, 5. Oktober 2009)*

Internationaler Workshop nationaler Koordinatoren für Terrorismusbekämpfung

Vom 12. bis 13. Oktober fand im Vienna International Centre (VIC) ein internationaler Workshop statt, der erstmals die nationalen Koordinatoren für Terrorismusbekämpfung von mehr als hundert Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mit VertreterInnen von insgesamt vierzig internationalen und regionalen Organisationen sowie relevanten UN-Einheiten zusammenbrachte. Botschafterin Dr. Elisabeth Tichy-Fisslberger, Leiterin der Rechts- und Konsularsektion im Österreichischen Außenministerium, betonte im Namen der Ko-Sponsoren Costa Rica, Japan, Norwegen, Schweiz, Slowakei, Türkei und Österreich die Bedeutung des Workshops als Plattform für den verstärkten Austausch über Erfahrungen und gute Praktiken der Mitgliedstaaten im Umgang mit der globalen Bedrohung durch Terrorismus. Ziel dieser Initiative sei die bessere Vernetzung der nationalen und globalen Anstrengungen in der Terrorismusbekämpfung. *(BMeiA, 12. Oktober 2009)*

1,2 Milliarden Menschen unterernährt

"Ausreichende Ernährung für alle Menschen ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Durch die Finanzkrise sind die Rahmenbedingungen schwieriger geworden. Hohe Preise und Naturkatastrophen verschärfen die Nahrungssituation zunehmend. Wir müssen uns daher noch mehr am Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren und innovative Ansätze zur Ernährungssicherheit entwickeln", erklärte Außenminister Spindelegger anlässlich des Welternährungstages (16. Oktober) und des Internationalen Tages zur Beseitigung von Armut (17. Oktober). Um Ernährung dauerhaft zu sichern und Armut zu verringern brauche es internationale Zusammenarbeit, besonders in den Bereichen Kapazitätsentwicklung, angewandte Forschung und landwirtschaftliche Beratung, betonte Spindelegger. Für die Projekte der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit seien die Prinzipien der ökologischen Nachhaltigkeit und der sozialen Gerechtigkeit von besonderer Bedeutung. *(BMeiA, 15. Oktober 2009)*

Außenminister gratuliert den neuen Mitgliedern des Sicherheitsrates

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am 15. Oktober Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Gabun, Libanon und Nigeria zu neuen Mitgliedern für eine zweijährige Amtszeit in den UNO-Sicherheitsrat gewählt. Außenminister Spindelegger gratulierte den Ländern zu diesem Vertrauensbeweis der internationalen Gemeinschaft und sagte, Österreich freue sich auf die künftige Zusammenarbeit mit ihnen im höchsten UNO-Gremium. Der Minister nahm die Wahl zum Anlass, um auch den Mitgliedern zu danken, die mit Jahresende 2009 aus dem Sicherheitsrat ausscheiden werden. Burkina Faso, Costa Rica, Kroatien, Libyen und Vietnam seien sehr konstruktive Partner im Sicherheitsrat gewesen und hätten Österreich bei seinen besonderen Anliegen - der Einhaltung des internationalen humanitären Rechts und dem Schutz der Zivilbevölkerung - immer wieder unterstützt. *(BMeiA, 15. Oktober 2009)*

Neue Unterrichtsmaterialien über die UNO

Österreich habe mit der Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat eine hohe internationale Verantwortung übernommen. Diese Chance soll genutzt werden, um den österreichischen Schülerinnen und Schülern die UNO, ihre Aufgaben und Funktionsweisen näher zu bringen, erklärte Außenminister Spindelegger am 20. Oktober bei der Präsentation des neuen Buches "Together Strong - Die Vereinten Nationen". Als wichtiger Beitrag zur politischen Bildung wurde der Unterrichtsbehelf aus Anlass der österreichischen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat und anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Vienna International Centre von Außen- und Unterrichtsministerium gemeinsam mit dem Informationsdienst der Vereinten Nationen (UNIS) entwickelt.

Es sei wichtig, so früh wie möglich das Interesse für globale Fragen zu wecken und der nachhaltigen Entwicklung Raum und Zeit zu geben, betonte Bildungsministerin Claudia Schmied bei der gemeinsamen Vorstellung der neuen Unterrichtsmaterialien an einem Wiener Gymnasium. UNIS-Direktor Maher Nasser sah in dem Unterrichtsbehelf einen wichtigen ersten Schritt in die Welt der Vereinten Nationen, um deren Struktur, Geschichte und Aufbau kennen zu lernen und zu erfahren, wie die UNO den globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnen kann. *(BMeiA, 20. Oktober 2009)*

EU/Multilaterales

Forderung nach einem neuen Pakt für den Kaukasus

Für einen neuen Pakt für den Kaukasus sprach sich Außenminister Michael Spindelegger am 23. September in New York aus, wo er im Rahmen der UNO-Generalversammlung seine Amtskollegen aus Georgien, Aserbaidschan und Turkmenistan traf. Weitere bilaterale Treffen folgten mit den Außenministern von Armenien und Kasachstan. Dabei ging es einerseits um die Fortführung und Intensivierung des EU-Engagements in dieser für Europa so wichtigen Region sowie andererseits um ein verstärktes koordiniertes wirtschaftliches Vorgehen. "Die Konflikte im Kaukasus stellen die EU vor eine besondere Herausforderung", sagte Spindelegger und erinnerte an den Einsatz im Georgienkonflikt 2008. Die EU sei heute die einzige internationale Organisation, die mit einer Überwachungs-Mission in Georgien präsent sei und damit einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität und Sicherheit in der gesamten Region leiste. *(BMeiA, 23. September 2009)*

Wien als Drehscheibe im internationalen Energiedialog weiter stärken

Bei der Unterzeichnung eines Abkommens für den neuen Amtssitz der Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC) wies Außenminister Spindelegger am 30. September darauf hin, dass sich Wien in den letzten Jahren als Drehscheibe im internationalen Dialog für Energiefragen etabliert habe. Auch die jährlichen EU-OPEC Ministertreffen in Wien würden die Rolle Wiens als wichtiger Standort im internationalen Energienetzwerk unterstreichen. Zwischen der OPEC und Wien als ihrem Amtssitz bestünden vielfältige Verbindungslinien. Das neue Gebäude der OPEC in der Wiener Wipplingerstraße, das im November 2009 übergeben werden soll, sei dafür ein weiterer sichtbarer Ausdruck.

„Energie und Klimawandel sind nicht nur integrale Bestandteile der menschlichen Sicherheit, sondern auch Themen, die unser aller Zukunft betreffen und für die wir gemeinsam Lösungen finden müssen. Wien ist dabei Knotenpunkt für internationale Expertise und für eine zielgerichtete Zusammenarbeit im Energiebereich“, sagte der Außenminister und verwies dabei auf die insgesamt acht internationalen Organisationen mit einem energiebezogenen Mandat, die in Wien ansässig sind. Neben der OPEC und dem OPEC-Fonds für internationale Entwicklung, sind dies die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), die UN-Organisation für Industrielle Entwicklung (UNIDO), die Energiegemeinschaft für Südosteuropa, das Internationale Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA), die Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership (REEEP), und das zukünftige Verbindungsbüros der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA). *(BMeiA, 30. September 2009)*

Das Referendum in Irland – ein Vertrauensbeweis für Europa

In einer ersten Reaktion zum irischen Referendum bezeichnete Außenminister Spindelegger das erwartete Ergebnis am 3. Oktober als deutlichen Vertrauensbeweis für Europa und ein klares Ja zum Vertrag von Lissabon. Gerade in einer Zeit der globalen Wirtschaftskrise würden die Menschen die Schutzmantelfunktion der Europäischen Union schätzen und spüren, was sie an der EU haben, sagte Spindelegger. Er hoffe, dass nach diesem ermutigenden Votum der Iren rasch die letzten Schritte für das Inkrafttreten des Reform-

vertrags gesetzt würden. Denn angesichts der vielfältigen Herausforderungen - von der Finanzkrise bis zum Klimawandel – sei eine noch effizientere, modernere und demokratischere Union notwendig. Der Vertrag von Lissabon sollte daher noch dieses Jahr in Kraft treten, damit sich die EU mit voller Kraft diesen Zukunftsaufgaben widmen könne. *(BMeiA, 3. Oktober 2009)*

Kosovo – ein Schlüsselfaktor für die langfristige Stabilisierung des Balkans

Bei einem Besuch in Pristina wies Außenminister Spindelegger am 9. Oktober darauf hin, dass Österreich und Kosovo von Anfang an eine freundschaftliche und enge Partnerschaft verbunden habe. Österreich sei einer der Wegbegleiter Kosovos in seine Unabhängigkeit gewesen und habe den damaligen schwierigen Prozess unter der Leitung von Martti Ahtisaari tatkräftig unterstützt. Der Kosovo sei ein Schlüsselfaktor in der langfristigen Stabilisierung des Balkans. Das vorrangige Ziel sei und bleibe ein friedlicher, multiethnischer Kosovo, in dem alle Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen oder religiösen Herkunft in Würde und Sicherheit leben können, sagte der Minister. Das setze allerdings voraus, dass sich die Regierung aktiv um die serbische Minderheit bemühe. Ein Test dafür seien die Lokalwahlen im November.

Der Außenminister stattete auch den österreichischen KFOR Truppen und dem Kommandanten der KFOR-Mission, Generalleutnant Markus Bentler, einen Besuch ab. Österreich unterstützt den Kosovo seit seiner Unabhängigkeit beim Aufbau staatlicher Strukturen. Derzeit nehmen aus Österreich etwa 17 Polizistinnen und Polizisten, zwei Richter und vier Justizwachebeamte an der Mission EULEX teil. Zudem stellt Österreich im Rahmen der KFOR Mission mit knapp 700 Soldaten das größte Kontingent aus einem Nicht-NATO-Land. *(BMeiA, 9. Oktober 2009)*

Kroatien auf klarem Kurs Richtung EU-Mitgliedschaft

Außenminister Spindelegger zeigte sich am 14. Oktober zufrieden mit dem jährlichen Statusbericht der Europäischen Kommission zu Erweiterungsfragen. Der Bericht enthalte eine klare Botschaft: die Wirtschaftskrise dürfe weder den Mitgliedsstaaten einen Vorwand bieten, vom glaubwürdigen Beitrittsangebot abzurücken, noch die Kandidatenstaaten verleiten, in ihren Reformanstrengungen nachzulassen, erklärte Spindelegger. Der Bericht zeige, dass Kroatien auf klarem Kurs Richtung EU-Mitgliedschaft sei. Auch die Empfehlung der Kommission, Verhandlungen mit Mazedonien aufzunehmen, sei ein bedeutsames Ermutigungssignal für die gesamte Region. Trotz großer Fortschritte dürften aber auch die durchaus kritischen Elemente in der Beurteilung der Kommission nicht übersehen werden. In Schlüsselbereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz oder Korruptionsbekämpfung müsse in den meisten Ländern noch Vieles getan werden. Nur so könne es gemeinsam gelingen, die Beitrittsperspektive auch für die übrigen Partner in der Region mit Leben zu erfüllen, sagte der Außenminister. *(BMeiA, 14. Oktober 2009)*

Europäische Union erhält neues Haus in Wien

Bei der feierlichen Eröffnung des neuen Hauses der Europäischen Union in Wien, die in Anwesenheit von Bundespräsident Fischer, EU-Kommissions-Präsident Barroso und EU-Parlaments-Präsident Buzek stattfand, wies Außenminister Spindelegger am 16. Oktober darauf hin, dass „Europa erklären“ Teamarbeit sei. Auch die europäischen Institutionen und ihre Vertretungen in den Mitgliedstaaten müssten mehr auf die Bürger zugehen und den ständigen Dialog mit ihnen suchen. Nur so könnten Sinn und Nutzen eines vereinten Europas letztendlich vermittelt werden. Als Schnittstelle zwischen den Europäischen Institutionen und der Bevölkerung werde das Europa-Haus einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Entscheidungen auf europäischer Ebene den Menschen zu erklären und verständlicher zu machen. *(BMeiA, 16. Oktober 2009)*

EU-Tag gegen Menschenhandel

Anlässlich des EU-Tages gegen Menschenhandel, der am 18. Oktober unter dem Motto "Wir kämpfen dagegen und dürfen hier nicht wegschauen" stand, wies Außenminister Spindelegger darauf hin, dass 2,7 Millionen Erwachsene und Kinder jährlich weltweit Menschenhändlern zum Opfer fallen. Besonders betroffen davon seien die ärmeren Herkunftsstaaten, aber auch Österreich sei als Ziel- und Transitland involviert. Allein in Wien gebe es 7.000 ausländische Opfer von Menschenhandel. Bei der Bekämpfung seien Maßnahmen auf EU-Ebene wichtig. Gemeinsam mit NGOs werde Österreich einen nationalen Aktionsplan gestalten. Innenministerin Maria Fekter betonte die Bedeutung grenzüberschreitender Kooperationen: "Das internationale Problem erfordert bereichs- und länderübergreifende Zusammenarbeit." Ein Schwerpunkt seien bettelnde und stehlende Kinder, die in erster Linie als Täter definiert würden, aber auch als Opfer gesehen werden müssten. Justizministerin Claudia Bandion-Ortner hob die notwendige Bewusstseinsbildung bei Richtern und Staatsanwälten hervor. Menschenhandel sei die moderne Form der Sklaverei des 21. Jahrhunderts zu der neben Prostitution auch die Ausbeutung von Arbeitskraft und Organentnahme zähle.

Laut UNICEF sind 1,2 Millionen der weltweiten Opfer minderjährig. Kinderbuch-Autor Thomas Brezina verwies als UNICEF-Botschafter auf das schwere Schicksal der betroffenen Mädchen und Buben. Diese seien keine bösen Verbrecher, sondern handelten aus tiefer Not. Sie seien keine Täter, sondern Opfer, denen etwas Schreckliches angetan worden sei. (APA, 16. Oktober 2009)

Bilaterales

Einsetzung einer neuen österreichisch-tschechischen Historikerkommission

Am 9. September unterzeichneten die Außenminister Österreichs und Tschechiens in Nikolsburg ein Memorandum zur Einsetzung einer neuen österreichisch-tschechischen Historikerkommission. Die Kommission sei sichtbarer Ausdruck der Bereitschaft der beiden Länder, sich gemeinsam, offen und ohne Scheuklappen mit der wechselhaften nachbarschaftlichen Geschichte des 20. Jahrhunderts auseinanderzusetzen. Dazu gehörten Schlüsseljahre wie 1968 und 1989 ebenso wie das schwierige Kapitel der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte, sagte Außenminister Spindelegger. Bei dem Treffen mit seinem tschechischen Amtskollegen Jan Kohout besprach Spindelegger auch die Möglichkeiten zur Intensivierung der konsularischen Zusammenarbeit. Als Basis für die engere Zusammenarbeit wird ein Rahmenabkommen über die Vertretung bei der Visaerteilung verhandelt. (BMeiA, 9. September 2009)

Es gibt keine Alternative zum europäischen Reformweg in Albanien

"Der Westbalkan und seine Heranführung an die EU sind und bleiben Kernelemente der österreichischen Außenpolitik", betonte Außenminister Spindelegger bei seinem Besuch in Albanien am 8. Oktober. Die Region befinde sich derzeit in einer wichtigen Stabilisierungsphase. Der Reformweg, vor dem die einzelnen Staaten stünden, sei aber weder kurz noch leicht, sagte der Außenminister und wies dabei besonders auf die Bereiche Rechtsstaatlichkeit, Justiz und Korruptionsbekämpfung hin. Hier könne es keine Abstriche für Albanien geben. Die europäischen Standards müssten auf Punkt und Beistrich erfüllt werden, wenn Albanien den Anschluss an die EU nicht verpassen wolle. Aber auch die EU müsse ihrerseits die EU-Perspektive aufrecht und glaubhaft halten und dürfe keine Ausnahme bei Albanien machen. (BMeiA, 8. Oktober 2009)

Kein Partner im Nahen Osten kann sich seiner Verantwortung entziehen

Im Nahen Osten würden sich keine Erfolge über Nacht einstellen, aber jede Chance auf Bewegung müsse genutzt werden, erklärte Außenminister Spindelegger nach einem Treffen in Wien mit dem israelischen Außenminister Avigdor Liberman am 14. Oktober. "Ein Friedensprozess im Nahen Osten, der diesen Namen auch verdient, wäre im ureigensten Interesse Israels. Die Entwicklung der israelischen Beziehungen mit Ägypten und Jordanien in den letzten Jahrzehnten zeigt, dass ein nachhaltiger Frieden einen konkreten Sicherheitsgewinn für Israel bringt", unterstrich Spindelegger.

Kein Partner in der Region könne sich seiner Verantwortung entziehen. Jeder müsse seinen Beitrag leisten, um eine Atmosphäre zu schaffen, die ernsthafte Verhandlungen erlaube, sagte der Minister. Er erwarte von Israel einen glaubwürdigen Stopp der illegalen Siedlungspolitik, auch in Ostjerusalem, sowie den Abbau der seit 2001 illegal erbauten Außenposten. Ebenso sollte Israel dem humanitären Elend im Gaza-Streifen ein Ende bereiten und die Blockadepolitik aufheben. Zugleich müssten auch die Palästinenser ihren Beitrag leisten. Eine nachhaltige innerpalästinensische Verständigung, ein überzeugender Gewaltverzicht und die Anerkennung des Existenzrechts Israels seien unerlässliche Vorleistungen für die Verwirklichung der Vision eines eigenen Staates für das palästinensische Volk. (BMeiA, 14. Oktober 2009)

Ungarisch-österreichischer Regierungssitzung in Eisenstadt

Anlässlich der dritten gemeinsamen Regierungssitzung Ungarn-Österreich in Eisenstadt diskutierten Außenminister Spindelegger und sein ungarischer Amtskollege Péter Balázs am 15. Oktober weitere Möglichkeiten zur Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei der Vorbereitung der EU-Präsidentschaft gewidmet, die Ungarn im ersten Halbjahr 2011 übernehmen wird. "Gerade kleinere Staaten wie Österreich und Ungarn müssen ihre Kräfte bündeln, um ihre Interessen bestmöglich durchsetzen zu können", betonte Spindelegger. Der Außenminister verwies auch auf das große österreichische Interesse an der "Europäischen Strategie für den Donaauraum", die bis 2011 umgesetzt werden soll. Man wolle gemeinsam daran arbeiten, um die EU-Donaustrategie zu einem Erfolgsprojekt des ungarischen EU-Vorsitzes zu machen. (BMeiA, 15. Oktober 2009)

Zur Konvergenz der Außenpolitik der EU und der Türkei

Vor dem österreichischen Vorsitz im UN-Sicherheitsrat (November) fanden am 27./28. Oktober an der Österreichischen Botschaft in Ankara und der TOBB-Universität für Wirtschaft und Technologie Diskussionsrunden zur Frage der Konvergenz der Außenpolitik zwischen der EU und der Türkei anhand des jeweiligen Abstimmungsverhaltens in den Vereinten Nationen statt. Die Grundsatzreferate wurden vom österreichischen Politologen Paul Luif gehalten, der gemeinsam mit dem türkischen Think Tank "TESEV" im Frühjahr 2009 die Studie "How Common is the Common Foreign and Security Policy of the European Union? Where Does Turkey Fit in?" publiziert hat. Gleichzeitig wurden die Schwerpunkte der österreichischen Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen sowie die Rolle Wiens als UN-Sitzstadt dargelegt. Österreich und die Türkei vertreten 2009/2010 die westeuropäische Staatengruppe im Sicherheitsrat als nichtständige Mitglieder, was eine intensivere Kooperation in außenpolitischen Belangen mit sich bringt. (BMeiA, 28. Oktober 2009)

UN-Kalender (November – Dezember 2009)

Tagungen und Konferenzen

- 02. – 20.11.09 Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Genf)
- 02. – 20.11.09 Ausschuss gegen Folter (Genf)
- 14. – 21.11.09 FAO, Generalkonferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Rom)
- 16. – 19.11.09 CTBTO, Vorbereitungskommission für für die Organisation des umfassenden Atomteststopvertrages (Wien)**
- 26. – 27.11.09 IAEO, Gouverneursrat der Internationalen Atomenergie-Organisation (Wien)**
- 30.11. – 4.12.09 Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über das Verbot chemischer Waffen (Den Haag)
- 01. – 02.12.09 UNO-Suchtstoffkommission (Wien)**
- 03. – 04.12.09 UNO-Kommission für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege (Wien)**
- 07. – 11.12.09 UNIDO, Generalkonferenz der UN-Organisation für industrielle Entwicklung (Wien)**
- 07. – 18.12.09 Vertragsstaatenkonferenz der UNO-Rahmenkonvention über Klimawandel (Kopenhagen)

Internationale Tage

- 06. 11.09 Internationaler Tag für die Verhinderung der Ausbeutung der Umwelt im Krieg und in bewaffneten Konflikten
- 14.11.09 Welt-Diabetes-Tag
- 16. 11.09 Internationaler Tag für Toleranz
- 20. 11.09 Tag der Industrialisierung Afrikas
- 20. 11.09 Allgemeiner Tag des Kindes
- 21. 11.09 Welt-Fernsehtag
- 25. 11.09 Internationaler Tag für die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen
- 29. 11.09 Internationaler Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk
- 01.12.09 Welt-Aids-Tag
- 02.12.09 Internationaler Tag für die Abschaffung der Sklaverei
- 03.12.09 Internationaler Tag der Behinderten
- 05.12.09 Internationaler Tag der Freiwilligen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung
- 07.12.09 Internationaler Tag der Zivilluftfahrt
- 10.12.09 Tag der Menschenrechte
- 11.12.09 Internationaler Tag des Berges
- 18.12.09 Internationaler Tag der Migranten
- 19.12.09 Tag der Vereinten Nationen für die Süd-Süd-Zusammenarbeit
- 20.12.09 Internationaler Tag der menschlichen Solidarität

Offenlegung gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz: Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, (ZVR 469512554). Präsident: Altbundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel. Für den Inhalt verantwortlicher Redakteur: Dr. Axel Wüstenhagen. Büro: 1010 Wien, Hofburg/Schweizerhof/Brunnenstiege. Tel.: +43/664/233 32 72. E-Mail: una.austria@afa.at. Grundlegende Richtung: Der Newsletter informiert über Aktivitäten und Veranstaltungen der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen sowie ihres internationalen Dachverbandes, der World Federation of United Nations Associations (WFUNA). Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe: 29. Oktober 2009.